REHAB ein voller Erfolg!



REHAB Messe Karlsruhe

Der erste öffentliche Auftritt des SHV Landesverbandes Baden-Württemberg war am Donnerstag dem 23. Juni 2022 auf der 21. europäischen Fachmesse REHAB in Karlsruhe.



Jürgen Dusel



Simone Fischer

Gleich zu Beginn natürlich wie immer die Eröffnung.

Auch wenn es einer europäischen Fachmesse für Rehabilitation würdig gewesen wäre , war unser Ministerpräsident Kretschmann leider nicht zugegen. Auch der politische "Gesundheitsexperte" unser Gesundheitsminister Lucha glänzte durch Abwesenheit. Nicht einmal als Schirmherr wollten die beiden fungieren. Schade! – da hilft es auch nicht, dass der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel das politische Wortspiel: "Inklusion braucht eine funktionierende Demokratie und Demokratie braucht Inklusion!" in seine Eröffnungsrede einfließen ließ.

In einer funktionierenden Demokratie hätte, so meine Auffassung, der Patientenbeauftragte ein Vetorecht bei der Gesetzgebung und nicht nur eine Repräsentationsfunktion.

Ja, es tut gut, wenn Simone Fischer, die Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Probleme als Kleinwüchsige schildert, das erzeugt bei uns Angehörigen und auch bei Betroffenen Solidarität. Ich habe Simone Fischer als kompetente und engagierte Frau in der Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe kennengelernt. Natürlich hat sie aus eigener Erfahrung auch viel Verständnis für die Belange der Behinderten.

Doch warum Beauftragte der Ländesregierung? Für uns auf der rauen Alb hat das ein "Schmäckle"! Ja, sie soll sowohl eine Beschwerdestelle als auch eine Art Qualitätskontrolle für die Landesregierung darstellen. Aber auch sie hat kein Vetorecht auf Landesebene, was die Belange von behinderten Menschen betrifft.

Doch auch sie braucht unsere Unterstützung, in dem wir ihr die Probleme in unserem Land schildern und sie in unsere Aktionen einbinden (s.dazu auch den Bericht zur <u>Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe</u>).

Für uns als SHV-Landesverband Baden-Württemberg war die REHAB ein voller Erfolg. Gleich vorweg, wir werden nächstes Jahr auch wieder dabei sein!

Denn wo gibt es eine bessere Gelegenheit, unsere Mitglieder direkt und ganz persönlich zu sprechen, wichtige Informationen über Hilfsmittel und Angebote zu bekommen und gleichzeitig aber auch der Politik zu zeigen, dass die vierte Säule im Gesundheitswesen mehr als aktiv ist.

Knapp 20 Mitstreiter der Selbsthilfe auf Landesebene waren unter dem Dach der LAG Selbsthilfe auf der REHAB vertreten.

Auch der Austausch zwischen uns Landesverbänden ist immens wichtig und gehört zur Arbeit an der Basis dazu. Die intensiven Gespräche mit Betroffenen und deren Angehörigen zeigten ganz deutlich, dass es auch in unserem Bundesland noch gewaltige Probleme hinsichtlich der Inklusion gibt.

Aber in all der Diskussion um die Inklusion darf natürlich auch der Mangel an Rehabilitation nicht vernachlässigt werden. Denn Rehabilitation ist nach unserer Auffassung die Grundlage einer guten Inklusion.



Auf dem Marktplatz Gehirn, Sebastian Lemme bei seinem Vortrag über die Probleme des "neuen" GKV IPReG.

Ein ganz herzlicher Dank an alle, die an unserem Stand vorbeigekommen sind und uns Kritik und Anregungen gegeben haben. Aber auch unserem Bundesverband, der auf die Belange der häuslichen Versorgung ganz deutlich auf dem Marktplatz Gehirn hingewiesen hat (s. Beitrag bei shv-forum-gehirn.de).

Ich freue mich jetzt schon auf das nächste Jahr, denn wir werden sicherlich von der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg ein eigenes Forum der Selbsthilfe, natürlich auch mit einigen Beiträgen von uns, aufbauen.

Wir als Selbsthilfe müssen Flagge zeigen und deutliche Akzente auch in der Öffentlichkeit setzen, um mehr Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger zu bekommen.

Meinen Herzenswunsch und meinen Aufruf kann ich da nicht oft genug wiederholen:



Ein ausführlicher Bericht sowohl aus Sicht des Landesverbandes als auch über den Vortrag von Sebastian Lemme, meinem Vorstandskollegen, wird in unserer Mitgliederzeitschrift dialog 2/2022 erscheinen.

Ein weiterer Grund, Mitglied in unserer Schicksalsgemeinschaft zu werden.

Karl-Eugen Siegel

Einrichtungsbezogene Impfpflicht — Pflegenotstand

Nicht verwechseln mit der Landeskampagne "The Länd", diese hier hat nur drei iStock Credits gekostet.

Selbsthilfe bedeutet, eigene Erfahrungen mit anderen zu teilen. Gemeinschaftliche Probleme anzugehen, um vorhandene Probleme für sich und andere zukünftig zu verbessern.

Theoretisch sind oft viele Alternativen möglich und auch manche Konsequenzen einfach durchzuführen. Doch in der Praxis, in der eigenen Betroffenheit merkt man dann, dass diese durchaus existenzbedrohend, lebensbedrohlich sind.

Bis 2020 gab es für mich keine Zweifel, dass ich in einem demokratischen Rechtsstaat, der mir ein freies, selbstbestimmtes Leben garantiert, lebe. Auch die wirren und widersprüchlichen Maßnahmen bis Mitte 2020 waren für mich noch kein Grund daran zu zweifeln. Wir alle, auch die Regierenden, hatten es noch nie mit einer entsprechenden "Pandemie" zu tun. Alle damals aufkommenden Zweifel hatte ich als Verschwörungstheorien abgetan.

Selbst die massiven Einschüchterungen einiger Volksvertreter hinsichtlich einer Impfung änderte nichts an dieser Meinung, da ja dann auch die allgemeine Impfpflicht vom Parlament letztlich abgelehnt wurde. Doch die einrichtungsbezogene Impfpflicht lässt mich, mehr als alles andere, daran zweifeln, dass die Regierung alles daran setzt, diese unsere Grundrechte zu verteidigen. Im Falle der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in medizinischen Einrichtungen mag die Argumentation, dass dadurch die vulnerablen Patienten geschützt werden sollen, anfänglich durch die Unkenntnis einer fast gleichermaßen stattfindenden Übertragungsrate von geimpften und ungeimpften Personen, vertretbar gewesen sein. Doch angesichts anderer, in der allgemeinen Berichterstattung untergegangenen Impfpflichten z.B. für Soldaten, wird m.E. deutlich, dass das nur ein vorgeschobenes Argument ist.

im Pflegebereich Mitglied meiner Familie, neurologischen Frührehabilitation tätig und täglich getestet, wurde Ende letzten Jahres vor die Alternative gestellt, sich impfen zu lassen oder unentgeltlich beurlaubt zu werden. Ein heftiger Schlag ins Gesicht einer Pflegekraft, die sich Tag für Tag, trotz aller Maßnahmen für ihre Patienten eingesetzt hatte. Sie war dabei nicht allein in ihrer Reha-Einrichtung. Unentgeltlich beurlaubt heißt in diesem Fall kein Einkommen und bei einer eigenen Kündigung eine Sperre beim Arbeitsamt, so die damalige einhellige Rechtsauffassung. Diese, staatlich angeordnete Drohkulisse der Reha-Einrichtung (Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kündigte es ja genau so an: Durch die Impfpflicht schaffen wir es, dass sich letztendlich alle freiwillig impfen lassen), dass sich die Pflegekraft gegen ihren Willen impfen ließ. Eine meines unrühmliche Niederlage eines freiheitlichen Erachtens Rechtsstaates und unwürdig unseren Vätern des Grundgesetzes gegenüber. Denn dieser existenzielle Druck ist absolut nicht der in §1 unserer Verfassung, dem Schutz der Menschenwürde, vereinbar.

Zwei Wochen nach der zweiten Impfung erkrankte sie, Gott sei Dank, nur an COVID und nicht an einer anderen Impfnebenwirkung. Bereits letztes Jahr forderte unser Bundesverband, da die Impfung keinen, bzw. wenigstens nicht längerfristigen Übertragungsschutz gewährleistet, für alle, die mit unseren schwerst hirnverletzten Betroffenen Umgang haben, eine 1G – Regelung. Die Betroffenen können ausschließlich durch aktuelle Tests geschützt werden, denn der Status einer Impfung sagt absolut nichts über den momentanen Gesundheitszustand des Geimpften aus.

Daher ist aus meiner Sicht eine einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht nur unwirksam und unverhältnismäßig, sondern muss, um sowohl die Würde der Pflegekräfte wieder herzustellen (was dadurch ja nur symbolischen Charakter hat, denn die Zwangsimpfungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden), als auch den Pflegenotstand (z.B. Wartezeiten für einen Rehaplatz derzeit in BW von 8 Wochen) nicht dadurch weiter zu beflügeln, aufgehoben werden.

Denn auch der viel beschworenen Überlastung unseres Gesundheitswesens kann durch diese Zwangsmaßnahmen nicht begegnet werden, sondern wird immer wahrscheinlicher. Wenn die Politik diesen Kollaps vermeiden will, dann durch Hilfen und Unterstützungen in diesem Bereich und nicht durch Maßnahmen, die das Personal noch reduziert.

Wir brauchen nicht nur mehr Bettenkapazitäten in der neurologischen Rehabilitation, sondern vor qualifiziertes, motiviertes und muttersprachliches Pflegepersonal. Dies kann nicht durch staatliche Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung erreicht werden; sicherlich auch nicht allein durch einen monetären Anreiz, denn die in den Pflegeberufen Tätigen zeichnen sich in hohem Maß durch breite und große Sozialkompetenz aus. Diese Pflegekräfte verlangen nach gesellschaftlicher und staatlicher Anerkennung und diese Menschen lassen sich zu Recht nicht zu Objekten, zu willenlosen Spielfiguren der Politik degradieren.

Ich möchte, selbst mittlerweile zu der alters- und

krankheitsbedingten Gruppe der vulnerablen Menschen zählend, nicht, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger wegen diesem, meinem Status zu einem willenlosen Objekt degradiert werden und ihre Menschenwürde durch eine erzwungene Impfung verlieren.

Die Menschenwürde ist das höchste Gut zwischen uns Menschen und ist "unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." (Art.1, Grundgesetz Deutschland, gilt auch in Baden-Württemberg)

Fazit:

Unser Gesundheitssystem kollabiert nicht wegen COVID, sondern deswegen, weil es an Pflegekräften fehlt. Dieser Beruf muss attraktiver, d.h. vor allem wertgeschätzter werden. Werbung für diesen Beruf inklusive qualifizierte Umschulungsangebote wären in diesem Bereich sicherlich gesellschaftlich viel wichtiger, als die Kampagne für "The Länd!" Vielleicht lässt sich ja dieser Werbespruch wie folgt ergänzen: "The Länd needs YOU – the Krankensister!"

Karl-Eugen Siegel
Vorsitzender
Landesverband Baden-Württemberg

Die dramatischen Auswirkungen einer verfehlten COVID-Maßnahmenpolitik.



Pflegekräfte

braucht unser Land!

Ich weiß, es kommt eigentlich viel zu spät, dass ich diesen Aufruf schreibe. Aber in der ganzen Aufregung der Pandemie und deren Maßnahmen wäre dieser Aufruf sowieso als Verschwörungstheorie abgetan worden. Mittlerweile ist es allerdings unumstritten auch in der Bundesregierung, dass die Impfung wenig bis keinen Wert hat. Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach bereitet ja deshalb schon die nächsten Booster-Impfungen für den Herbst vor. Aber warum eine Impfung, die maximal drei Monate wirkt, als eine verhältnismäßige Maßnahme immer noch in der Diskussion bei unseren Volksvertretern ist, ist mir schleierhaft.

Namhafte Wissenschaftler, haben bereits zu Beginn der Pandemie, nicht nur vor der Sinnlosigkeit der Lockdowns, sondern auch die der mRNA-Impfung gewarnt. Nach nunmehr zwei Jahren Erfahrung mit den Maßnahmen und zuletzt dem dramatischen Ansteigen der Inzidenz trotz einer bis zu 70%igen Impfquote, machen jedem Bundesbürger deutlich, dass die Impfkampagne ein absoluter Misserfolg ist. Neueste Studien, die unter anderem auch in nature publiziert wurden, bestätigen diese bürgerliche Feststellung.

Die Kosten für die immensen, allerdings fruchtlosen Maßnahmen, belaufen sich auf zig 100 Milliarden Euro. Das ist eine Zahl, die uns Bürger, die diese Summe ja aufbringen müssen, doch sehr erschreckt, zumal in der Pandemie, aus Kosteneinspargründen, z.B. u.a. Hunderte von Betten in den Kliniken reduziert wurden. [Ich spreche hier nicht über die Intensivpflegebettprämie des Gesundheitsministers Jens Spahn ohne entsprechendes Pflegepersonal, sondern um die reguläre Reduktion bei den Bettenbelegungsplänen]. Auch wenn diese

Maßnahmenkosten immens sind, so werden wir diese in ein paar Jahren abbezahlt haben. Was die Regierenden, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene allerdings mit all diesen Maßnahmen an den vor allem vulnerablen Menschen angerichtet haben, kann weder abbezahlt noch wiedergutgemacht werden.

Das war und ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dies darf sich nicht wiederholen!

Die, durch die Regierenden, in mantramäßiger Wiederholung vorgetragene Verpflichtung für den so wichtigen Schutz der vulnerablen Menschen in unserem Land, sah wie folgt aus:

"In den ersten Tagen [der Frührehabilitation] konnte ich keinen Kontakt zu meiner Mutter aufnehmen, nach 3 Tagen sah ich sie über WhatsApp in einem desaströsen, verwahrlosten Zustand: Verfilzte Haare, ziemlich verwirrt und die Krankenschwester war bereits bei diesem ersten Anruf sehr genervt. Mir wurde langsam bewusst: Das Gefangen sein im eigenen Körper ist für meine Mutter nur sehr schwierig zu ertragen und dann kommt noch eine unzureichende Pflege dazu.

Ich will mir gar nicht ausmalen, was für eine Angst meine Mutter haben muss! Und wir müssen tatenlos mit ansehen, wie sie starke, sich wiederholende Schmerzen hat, ohne dass sie selbst um Hilfe bitten könnte. Nicht einmal den Notfallknopf könnte sie drücken. Ihr Unwohlsein konnte sie

uns nur durch zusammengezogene Augenbrauen mitteilen. Meine Mutter hat eine sehr hohe Schmerztoleranzgrenze und sie mit einem ganz schmerzverzerrten Gesicht zu sehen, zerriss der ganzen Familie, die um das Handy versammelt war, das Herz. Der Schmerz war plötzlich selbst für uns spürbar, so hilflos wie sie da lag."

Später durfte eine Person der Familie für eine Stunde in der Woche die Frau besuchen. Im Sinne einer guten Rehabilitation ein No-Go! Warum, trotz grundimmunisiert und getestet, die Besuchszeit auf eine Stunde beschränkt ist, konnte mir auch die Geschäftsleitung nicht schlüssig begründen.

Nach nunmehr 30 Jahren Erfahrung in der Selbsthilfe und unzähligen Gesprächen mit Betroffenen möchte ich mir gar nicht ausmalen, was diese Frau möglicherweise für Ängste ausgestanden hat. Schwerst hirngeschädigte Patienten haben oft nur ein minimales bzw. zeitlich sehr eingeschränktes Bewusstsein. Taktile Wahrnehmung in Verbindung mit vertrauter Stimme ist, auch aus eigener Erfahrung mit meiner Frau, unbedingt notwendig, um diese im minimalen Bewusstseinszustand befindlichen Menschen aus ihrem Trauma zu holen.

Zwei Monate später, die Mutter ist "aufgewacht", beschreibt die Tochter diesen Zustand sehr treffend:

"Die Isolation und Einsamkeit haben dazu geführt, dass sie wirres Zeug redet, zu schwach ist, sodass wir sie am Telefon nicht hören können. Sie sieht die ganze Zeit verängstigt zur Tür, versucht die Handschuhe loszuwerden, die sie erneut tragen muss, sieht sehr verzweifelt … schon gar verrückt aus."

Aber dieser politisch erzwungene Zustand ist nicht nur für die Betroffene eine seelische Folter, sondern auch für die gesamte Familie.

"Ich fühle mich ohnmächtig, hilflos und kann nur zusehen. Es fühlt sich an, als wäre sie "weggesperrt" und sich selbst überlassen, als wäre sie in Isolationshaft. Doch dabei ist sie klar im Kopf und muss ihren Zustand irgendwie ertragen. Das gleicht einer Folter mit seelischen Qualen."

Auch ich fühle mich ohnmächtig, angesichts solcher Berichte, denn selbst ein Hilferuf an unseren Bundespräsidenten verhallte ohne eine Hilfestellung. Wer kommt für diese Traumen und die Folgeschäden der Maßnahmen auf? Wer für den dadurch auch volkswirtschaftlich großen Schaden?

Das Parlament? Die Parlamentarier, die dieses unsägliche Leid dieser vulnerablen Menschen und deren Angehörigen im Bundesund Landtag beschlossen haben? Wohl nicht, denn dazu bräuchten wir einen funktionierenden Rechtsstaat mit unabhängiger Staatsanwaltschaft. Wer an dieser meiner Aussage zweifelt, bzw. diese sogar als staatsfeindlich bezeichnet, der möge mir einen praktikablen, für diese Patientin gangbaren und finanzierbaren Weg der Anklage gegen die Regierung benennen. Nur dies würde mich bewegen, diese Aussage zurückzunehmen.

Fazit:

Sowas darf nie wieder passieren, wenigstens nicht bei uns im Musterländle, denn wir können doch alles, so die Landesregierung, nur nicht Hochdeutsch und Englisch, wie die jetzige Landesregierung ergänzt. Weitere Negierungen sind wohl auf einer geheimen Negativliste.

Wir vom Landesverband wollen aber dafür kämpfen, dass die neurologische Rehabilitation wieder von dieser Negativliste gestrichen werden kann. Sicherlich aber erst dann, wenn die Landesregierung, u.a. auch durch die neu hinzugekommene Gruppe der durch Long COVID neurologisch Erkrankten, die Bettenbelegungspläne entsprechend nach oben angepasst hat.

Karl-Eugen Siegel
Vorsitzender
Landesverband Baden-Württemberg

SHV Landesverband Baden-Württemberg auf der REHAB



Vom 23. bis 25.Juni 2022 sind wir vom SHV-FORUM GEHIRN e.V. Landesverband Baden-

Württemberg natürlich auch auf der REHAB mit einem Stand vertreten. Wir haben unsere Präsenz

gemeinsam mit unserem Bundesverband am Gemeinschaftsstand der LAG Selbsthilfe Baden-

Württemberg in Halle 3, Stand J33.

Wir bringen auch unsere Ausstellung "Lust am Leben" mit. Eine super Ausstellung, die zeigt, dass

unsere Betroffenen, egal, ob noch in einem Wachkoma ähnlichen Zustand oder aber bereits fast

vollständig wieder integriert nicht nur selbst "Lust am Leben" haben, sondern auch ein wertvoller

Teil der Familie, ihres Umfeldes, ja unserer Gesellschaft sind.

Unser Vorstandsmitglied Sebastian Lemme, mittlerweile unser Spezialist in Fragen zum IPReG,

also des neuen Gesetzes, das so gestrickt ist, dass schwerstpflegebedürftige, die zu Hause

versorgt werden, berechtigte Angst haben müssen, ins Heim abgeschoben zu werden. Dagegen

kämpfen wir als Bundesverband u.a. auch als stellungnahmeberechtigte Organisation im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Sebastian Lemme hält seinen Vortrag am 24.06.2022, und stellt sich anschließend mit Volker

Eimertenbrink, Dr. Paul Diesener, Thomas van der Most, Laura Mench und Prof. Dr. Martina Hasseler, der

Diskussion mit den Zuhörern. Die Diskussion wird von der Journalistin Christiana Hennemann moderiert.

Also unbedingt am 24.06.2022, um 13:30 — 14:30 Uhr, im Forum Halle 2 dabei sein!

Wer nicht nach Karlsruhe zur REHAB kommen kann, wird einen sehr ausführlichen Bericht und

auch thematische Vorträge im Herbst in unserer Mitgliederzeitschrift, dem "dialog" finden. Finden kann man natürlich an unserem Stand nicht nur uns vom Vorstand, sondern wir bringen natürlich auch all unsere Publikationen mit. Hier können Sie sich schon mal zuvor informieren, was wir zu bieten haben.

Also, es lohnt sich! Und wir freuen uns auf Sie!

Mitgliederversammlung LAG Selbsthilfe B-W



Bärbel Kehl-Maurer, die neu gewählte Vorsitzende der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg (F. Kissling)

Am 9. April 2022 fand in der Sparkassenakademie, Stuttgart die

Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg statt. Zum ersten Mal waren wir als SHV-Landesverband Baden-Württemberg dabei. Noch in Corona-Maßnahmenstimmung, aber doch in Präsenz gab es zunächst die Gelegenheit Frau Ministerin Nicole Razavi vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu erleben und ihr die ein oder andere Frage zu stellen, wie in Baden-Württemberg ein neuer Aufbruch zu mehr barrierefreiem und bezahlbarem Wohnen möglich wird.

Ein Thema, das von uns als Verband so noch nie aufgegriffen wurde. Der Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist eben doch die Akutversorgung und die anschließenden Rehabilitationsphasen. – Aber gut, bezahlbarer Wohnraum gehört eigentlich auch dazu. – Doch um auch solche Themen bewältigen zu können, müssten wir ein größeres ehrenamtliches Team sein; oder wenigstens eine Person haben, die sich in Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden dafür einsetzt.

Eine Person tat sich in der Diskussion hervor, es war, wie sich später herausstellte, die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Simone Fischer. Eine sehr engagierte, kleine Person, denn sie ist als Kleinwüchsige selbst behindert, absolvierte ihr Studium der öffentlichen Verwaltung an der Hochschule Kehl und ist nun als Behindertenbeauftragte in einer Position, die durchaus auch fordernd bei den einzelnen Ministerien auftreten kann.

Viele Themen und Berichte auf der Tagesordnung der LAG waren hochinteressant und gaben mir nicht nur den Einblick in die Arbeit unserer Interessenvertretung in unserem Bundesland, sondern erweiterten meinen auf Hirnverletzungen fokussierten Blick. Ich musste feststellen, dass viele unserer Problemfelder deckungsgleich sind oder große Schnittmengen haben. Es gab viele Wortmeldungen und Einzelbeiträge der anwesenden Mitglieder, was mir den Eindruck vermittelte, dass meine neuen Kolleginnen und Kollegen engagiert und unglaublich fachkundig sind.

Fazit: Wir müssen noch mehr mit anderen kooperieren und vor allem auch über unseren thematischen Tellerrand blicken!



Au ch we nn da s Ze it ma

Vorsitzende der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg: Bärbel^{na} Kehl-Maurer; Beisitzer: Dr. Werner Jost; Schatzmeister:ge Hans-Jürgen Hillenhagen; Beisitzer: Karlheinz Schneider;me stellv. Vorsitzende: Brigitte Stähle. (F. Kissling)

vе

rs ag

te un

d

dі

е

Mi tg

lί

e d

e r

ve rs

am

ml

u n

g

de ut

li $\mathsf{c}\,\mathsf{h}$ üb e r Z 0 g, S 0 wa r sί e, $d\,u$ rc h al ι dі e le ide n s c ha ft li $c\,h$ e n Ве it rä

ge

еi

u n

g e h e

n

uе rl iс hе r

Мо tі va to r fü r dі е bе V O rs tе hе $n\,d$ e n Αu fg аb e n in u n s e re m SH ٧ -

La

 $n\,d$

e s ve rb

Die Neuwahl des LAG Selbsthilfe-Vorstandes verlief wie geplant und wird durch sehr erfahrene und z.T. auch bereits langjährige Vorstandsmitglieder besetzt. Frau Bärbel Kehr-Maurer übernahm den Vorsitz, der durch das Ausscheiden von Hubert Seiter frei wurde.

Ihr wünschen wir, in der neuen und verantwortungsvollen Position, viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit

K.E. Siegel

dialog — Die Mitgliederzeitschrift für die Mitglieder unseres Verbandes





Unsere Mitgliederzeitschrift "dialog" ist ein Weg, um direkt miteinander in Kontakt zu treten und den persönlichen Austausch zu fördern.

Wie Sie wissen, ist persönliche Kommunikation von der Anfangsphase eines Ereignisses bis zur Akzeptanz und Neuausrichtung innerhalb der Familie unglaublich wichtig. Wir möchten diesen persönlichen Austausch auch innerhalb des Verbands etablieren, um offen mit Ihnen über persönliche aber auch politische Entwicklungen zu sprechen.

Unser Ziel ist es, miteinander zu informieren, diskutieren und uns gegenseitig zu unterstützen. Gemeinsam möchten wir uns mit Themen befassen, die uns alle betreffen. Der "Dialog" dient als vielseitige Plattform, auf der wir uns mit fachlichen und sachlichen Informationen bereichern können und dieses Wissen für uns alle zugänglich machen.

Wir bemühen uns, die zweimal jährlich erscheinenden Ausgaben des "dialogs" gleichermaßen informativ und interessant für alle zu gestalten. Die Zeitschrift wird allen Mitgliedern zugesandt.

Wir freuen uns auch über jede Anregung und Mitgestaltung durch Fragen, Informationen und Beiträge von Ihnen.

Das Redaktionsteam

Weitere Publikationen unseres Verbandes finden Sie hier

Herzlich Willkommen! Und ich brauche SIE!

beim Landesverband Baden-Württemberg für Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen und deren Angehörigen.

Warum brauchen wir zusätzlich zu unserem <u>Bundesverband</u> noch weitere Landesverbände?



"Bitte unterstützen Sie mich, ich brauche Sie!"
Karl-Eugen Siegel, Landesvorsitzender und betroffener be

Vo r n u $n\,m$ e h r $\ddot{u}\,b$ er 25 Ja hr e n bе n wi r hί er in Ва de n -

Wü

rt

tе

mb

er

g de

n

er

st

e n

re gi on

al e n Se lb st hί lf е ۷e re in ce re S St ut tg a r t е. ٧. ge gr ün de t.

Dί

e s

g e s c

ha

a u

fg ru nd de

h

r mа ng еl $n\,d$ e n ۷e rs or g u ng b z W. de r еx tr $\mathsf{e}\,\mathsf{m}$ we пi gе n Re ha bі li ta

tі

on se

in

ri ch

tu

ng en fü

r Ηi rn ge s c hä dі gt е in der ga n z e n Bu $n\,d$ e s re рu bl ik

Es ga b

nu r

ei ne

Ha .

n d v o

11

s p

e z

iа

li si er tе ne ur οl o g is $\mathsf{c}\,\mathsf{h}$ е Re ha -Εi nr iс ht u n ge n, dі е V O r al le m a u

f

Ρr

iν

аt

in it

iа

tі

ve e n ts ta $n\,d$ e n wa re n. Αu $c\,h$ dі e fü r ${\tt mi}$ ch e r st е Αn la u f st еl le ${\rm i}\,{\rm m}$

bе

n a c h

ba

rt

e n

ba

ye ri

s c

he n Bu rg a u , e n ts ta $n\,d$ a u f Ιn it iа tі ve еi ne S ۷a tе rs , de SS e n То $c\,h$ tе r n u r in

de

r Sc

 $h\, w$ еi Z th e r ар iе rt we rd e n kο n n tе Do rt wu rd е mі r in еi ne m in tе n s iν e n mе

hr tä

gі

ge

n

Αn gе hö ri ge n s $\mathsf{e}\,\mathsf{m}$ in ar пi $c\,h$ t n u r th ео re tі s c h, S 0 $n\,d$ er n a u chin de r Αn we n d u n g

dі

e Th

er ар iе mе th ode n V O n Во ba th , Αf fo lt e r Fa Сi 0 -0 r аl е Tra k

t _

Τh

er

ap ie

na ch Ka

у С о

om be s,

ba

s a

le

St .

im

ul .

at io

n

u n

d

S 0

ga r

da

s re

gr

e s

si

ve

Gi

ps en

ve

rm

it

te

lt

Da

V 0

n

da

rf iс h hе ut е no $c\,h$ рr o f it iе re n. So шi t ko n n tе n wi r, пi $c\,h$ t n u r bе i сe re S St ut

tg ar

t, S 0 $n\,d$ e r n a u c h in we it e r e n ge gr ün de tе n Re gі o n аl gr uр ре n **Z** . В. in Не ${\rm id}$ e n hе im

, Nü

rt

in ge n,

Pf or

z h

еi

m,

Si

n d

еl

fi ng

e n

еt

c. vi

еl

en Ei

n z

еl

bе

tr

o f

fe ne

n

еi

ne

gr

oß e

Ηi

lf

e s e

in Sc $h\, n$ еl ι wu rd е је $d\,o\,$ ch kl ar , $\, d\, a$ s s wi r a u $c\,h$ tr οt Z dі e s e r νi еl e n Gr uр

ре

n

re gi

o n

al nu

n u r

Εi

n z

еl

s c

hi

c k

s a

le

mi t

bе

tr

eu

en kö

n n

e n

Εi

n fl

äс

he

n d e c

ke

nd

e s

Νe

tz

in De

ut

s c

hl an d a u fz u b a u e n , ko n n tе u n s e re r Ме in u n g na $c\,h$ n u r $d\,u$ rc h ро li tі

sc he Ar

be it

a u f

B u n d e s

en

еb

е

er

fo

lg en

eı

Da

he r

ha

be n

wi

r be

re

it

S

im Ja

hr

19 99

de

n

Bu

n d e s

ve

rb

a n d

 $\mathsf{S}\,\mathsf{H}$ ٧ ge gr ün de t. Μi tt le rw еi le , n a tü rl iс h пi c h t a u s s ch li еß li $c\,h$ a u f u n s e re

In it

iа

tі ve n hί n, ha bе n wi r in de r BR D еi n s e hr g u t a u s g еb a u tе S Re ha bі li ta tі

o n

sn et

Z

fü r ne ur οl o g is $c\,h$ Εr kr a n kt е. Dί e s wi rd a u $c\,h$ еi $n\,d$ ru c k s v οl ι d u rc h dі е ۷i еl za

hl

de

r

Εi nt rä ge in u n s e re r Da tе $n\,b$ an k fü r Se lb st hί lf е u n d Re ha bі li ta tі o n ku rz

ne ur oi

ex .d e si ch tb

n d

Aber warum brauchen wir jetzt trotzdem einen Landesverband?

Die vermehrten Anrufe in der letzten Zeit zeigen sehr deutlich, dass wir erneut ähnliche Probleme haben wie vor 30 Jahren. Vor allem zwei Probleme scheinen im Moment wieder an erster Stelle zu stehen:

Damals wie heute gibt es wieder Wartelisten, dies nicht zuletzt durch den großen Pflegekräftemangel und das Hinzukommen von neuen Patientengruppen (z.B. Lang-Covid, etc.).

Wir haben es mittlerweile nicht wegen der Ungeimpften auf den Intensivstationen, sondern aufgrund eines immensen Pflegenotstandes auch in den Rehabilitationseinrichtungen mit einer Triage zu tun. Viele Betten bleiben leer, da die Einrichtungen keine Pflegekräfte rekrutieren können.

Ein weiteres großes Problem, dass aufgrund des Pflegenotstandes in der Reha herrscht, ist die Sprachbarriere der momentan beschäftigten Pflegekräfte.

Stellen wir uns einmal einen Hirnverletzten, einen aus dem Koma erwachenden Patienten, soweit wir das überhaupt können, vor. Noch stark bewusstseinsgetrübt, mit vielleicht drei bis vier Minuten Wachphasen innerhalb von drei Stunden erkundet nun seine Umgebung. Wahrscheinlich weiß er noch gar nicht, dass er überhaupt im Krankenhaus ist. Es ist auf alle Fälle eine fremde Umgebung, steril, weiß und er hört Stimmfetzen, die er nicht versteht. Seine Augen, die er nur mühsam wenige Millimeter aufbringt, geben ihm nur wenige Informationen über

seinen Aufenthaltsort. Ein paar Tage des Trainings und vielleicht erkennt er dann doch seine Situation, das Krankenbett, sein Zimmer und auch die einzelnen Personen. Selbst wenn seine kognitiven Fähigkeiten dazu in der Lage waren, einzelne Worte zu verstehen, muss er sich im Ausland wähnen.

Eine Situation, ich gestehe, ich würde meine Augen wieder schließen und versuchen weiter zu schlafen. Eine zielgerichtete, patientenorientierte Rehabilitation kann das bei weitem nicht mehr sein.

Dieses und weitere Probleme lassen sich aber nicht auf Bundesebene lösen, denn in unserem föderalistischen Staat sind die Länder für die Krankenhausbehandlungen zuständig.

Daher war und ist es notwendig, dass wir auf Landesebene aktiv werden und somit die Lücke zwischen Bundesebene und den Regionalgruppen schließen.

Daher möchte ich als Landesvorsitzender all meine Erfahrung und mein Wissen Ihnen allen gerne zur Verfügung stellen. Schreiben Sie mir gerne eine E-Mail an k.e.siegel@shv-bw.de ich werde versuchen sie zeitnah zu kontaktieren.

Allerdings habe auch ich eine Bitte an Sie. Werden Sie doch bitte auch ein Teil unserer Gemeinschaft, wir brauchen jedes einzelne Mitglied, um ein entsprechendes Gewicht bei der Politik zu haben.

Lassen Sie uns nach dem Motto unseres Bundesverbandes: "Gemeinsam Schicksale bewältigen" auch bei uns in Baden-Württemberg vorgehen.

Bitte unterstützen Sie mich, in unserem gemeinsamen Bemühen, in allen Phasen der neurologischen Rehabilitation, die Situation unserer hirnverletzten Betroffenen zu verbessern.

Packen wir es gemeinsam an, denn wir Baden-Württemberger können doch alles, außer hochdeutsch!

Karl-Eugen Siegel

Landesvorsitzender SHV-FORUM GEHIRN e.V. Baden-Württemberg

k.e.siegel@shv-bw.de